

Zivilprozessrecht

Bearbeitet von
Prof. Dr. Caroline Meller-Hannich

2., überarbeitete Auflage 2016. Buch. XXI, 235 S. Softcover

ISBN 978 3 17 029191 1

Format (B x L): 15,5 x 23,2 cm

Gewicht: 391 g

[Recht > Zivilverfahrensrecht, Berufsrecht, Insolvenzrecht > Zivilverfahrensrecht
allgemein, Gesamtdarstellungen](#)

Zu [Leseprobe](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungen	XX
Literaturverzeichnis	XXI
Teil 1 Einführung und Allgemeines	1
§ 1 Was ist Zivilprozessrecht?	1
§ 2 Der Ablauf eines Zivilprozesses im Überblick	2
I. Klageerhebung	2
II. Mündliche Verhandlung und Beweisaufnahme	2
III. Urteil	3
IV. Rechtsmittel und Rechtskraft	3
§ 3 Systematik und Rechtsquellen des Zivilprozessrechts	3
I. Aufbau der ZPO	3
II. Sonstige Rechtsquellen des Zivilprozessrechts	4
§ 4 Der Zweck des Zivilprozesses	5
§ 5 Die Geschichte der ZPO	6
I. Entwicklungsströmungen hin zur ZPO	6
II. Entwicklung der ZPO seit ihrem Inkrafttreten	7
§ 6 Die Verfahrensgrundsätze	9
I. Die Dispositionsmaxime	10
1. Herrschaft der Parteien über den Beginn des Verfahrens	10
2. Herrschaft der Parteien über den Gegenstand des Verfahrens	11
3. Herrschaft der Parteien über das Ende des Verfahrens	12
a) Beendigung durch den Kläger	12
b) Beendigung durch den Beklagten	12
c) Beendigung durch beide Parteien	12
II. Der Verhandlungsgrundsatz	13
1. Inhalt und Grund des Verhandlungsgrundsatzes	13
2. Verhältnis zur Dispositionsmaxime	14
	VII

Inhaltsverzeichnis

3.	Begriff der Tatsache	14
4.	Ausprägungen und Grenzen des Beibringungsgrundsatzes	14
5.	Tatsachenermittlung im Zivilprozess auf der Grundlage des Beibringungsgrundsatzes	15
	a) Schlüssigkeit	15
	b) Erhebliches Bestreiten	15
	c) Beweiserhebung	16
III.	Der Grundsatz der Mündlichkeit	17
IV.	Der Grundsatz der Unmittelbarkeit	18
V.	Der Grundsatz der Öffentlichkeit	18
VI.	Die Konzentrationsmaxime	19
	1. Prozessförderung durch das Gericht	20
	2. Prozessförderung durch die Parteien	20
VII.	Die freie richterliche Beweiswürdigung	21
VIII.	Die Verfahrensgrundrechte	22
	1. Rechtliches Gehör	22
	a) Verankerung im einfachen Recht	22
	b) Mögliche Gehörsverletzungen	23
	c) Rechtsbehelfe gegen Gehörsverletzungen	23
	2. Gesetzlicher Richter	24
	3. Justizgewährung	25
	4. Faires Verfahren	25
	5. Prozessuale Waffengleichheit	26
§ 7	Die Beteiligten am Zivilprozess	26
	I. Das Gericht	26
	1. Der Richter	27
	a) Richterausschluss und Richterablehnung	27
	b) Insbesondere: Besorgnis der Befangenheit	27
	2. Weitere Organe der Justiz	28
	II. Die Parteien	28
	1. Formeller Parteibegriff	28
	2. Tod oder Erlöschen der Parteien	28
	3. Die Prozessbevollmächtigten der Parteien	28
	4. Insbesondere: der Rechtsanwalt	29
	III. Weitere Beteiligte	29
§ 8	Die Prozesshandlungen der Parteien und des Gerichts	30
	I. Prozesshandlungen des Gerichts	30
	II. Prozesshandlungen der Parteien	30
	1. Vorliegen einer Parteiprozesshandlung	30
	2. Abgrenzung von Prozesshandlungen und Willenserklärungen	30
	a) Abgrenzung nach den Hauptwirkungen	30
	b) Doppeltatbestand	31
	c) Doppelnatur	31

3.	Einzelne Arten von Prozesshandlungen	32
a)	Erwirkungshandlungen	32
b)	Bewirkungshandlungen	32
c)	Angriff und Verteidigung – Angriffs- und Verteidigungsmittel	32
Teil 2 Die Darstellung des Rechtsgebietes im Einzelnen		33
§ 9	Die Klage	33
I.	Die Klagearten	34
1.	Leistungsklage	34
2.	Feststellungsklage	34
a)	Feststellungsfähiges Rechtsverhältnis, Urkunden	35
aa)	Rechtsverhältnis	35
bb)	Tatsachen	35
cc)	Urkunden	36
b)	Feststellungsinteresse	36
aa)	Vorrang der Leistungsklage	36
bb)	Feststellungsinteresse trotz möglicher Leistungsklage	36
(a)	Unbezahlter Schadensersatzanspruch	36
(b)	Feststellung des Schuldgrundes	37
(c)	Erledigung des Rechtsstreits schon durch ein Feststellungsurteil	37
(d)	Fortsetzungsfeststellungsklage	37
cc)	Feststellungsinteresse bei der negativen Feststellungsklage	37
3.	Gestaltungsklage	38
II.	Besondere Typen bei einzelnen Klagearten	38
1.	Zwischenfeststellungsklage	38
2.	Teilklage	39
3.	Klage auf zukünftige Leistung	40
4.	Abänderungsklage	40
5.	Stufenklage	40
III.	Die Klageerhebung	41
1.	Anforderungen an die wirksame Klageerhebung	41
a)	Inhalt der Klageschrift	41
aa)	Pflichtinhalt: Parteien, Gericht, Streitgegenstand	41
bb)	Insbesondere: Bestimmung des Streitgegenstands	41
cc)	Unterschrift	42
dd)	Soll-Inhalt	42
ee)	Kann-Inhalt	43
b)	Einreichung der Klageschrift	43
c)	Zustellung der Klageschrift	43
2.	Wirkungen der Klageerhebung	43
a)	Einwand der Rechtshängigkeit, § 261 Abs. 3 Nr. 1	44

Inhaltsverzeichnis

	b) Fortdauer der Zuständigkeit, § 261 Abs. 3 Nr. 2	44
	c) Einschränkung der Klageänderung, §§ 263, 264	44
	d) Materiell-rechtliche Wirkungen der Rechtshängigkeit.	44
IV.	Der Streitgegenstand	45
	1. Der Begriff des Streitgegenstands und des prozessualen Anspruchs	45
	2. Der zweigliedrige Streitgegenstandsbegriff	45
	3. Eingliedrige prozessuale Streitgegenstandsbegriffe, materiell- rechtliche Lehren und Stellungnahme.	46
	4. Abgrenzungsprobleme	47
	5. Relevanz des Streitgegenstandes.	49
V.	Die objektive Klagehäufung	50
	1. Voraussetzungen der objektiven Klagehäufung, § 260	50
	2. Alternative, eventuale, kumulative objektive Klagehäufung; insbesondere Haupt- und Hilfsantrag	50
	3. Wirkung der Klagehäufung.	51
VI.	Die Klageänderung	51
	1. Vorliegen einer Klageänderung	51
	2. Zulässigkeit der Klageänderung.	52
	a) Kraft Gesetzes zulässige Klageänderungen	52
	aa) Erweiterungen und Beschränkungen des Klageantrags, § 264 Nr. 2.	53
	bb) Umstellung des Klageantrags auf einen Ersatzgegenstand oder Schadensersatz, § 264 Nr. 3	53
	b) Einwilligung des Beklagten, § 263	54
	c) Sachdienlichkeit, § 263.	54
	3. Wirkungen der Klageänderung	54
VII.	Die Parteiänderung	55
	1. Gesetzliche Parteiänderung	55
	2. Gewillkürte Parteiänderung.	55
	a) Klagerücknahme- und Klageänderungstheorie, Rechtsinstitut sui generis	55
	b) Differenzierte Betrachtungsweise	56
	aa) Wechsel auf Beklagtenseite	56
	bb) Wechsel auf Klägerseite.	56
	cc) Unzulässigkeit eines bedingten Parteiwechsels	57
§ 10	Die Sachentscheidungsvoraussetzungen	57
I.	Zulässigkeit und Begründetheit einer Klage	57
II.	Die Sachentscheidungsvoraussetzungen im Einzelnen.	57
	1. Ordnungsgemäße Klageerhebung.	58
	2. Deutsche Gerichtsbarkeit	58
	a) Territorial	58
	b) Personell.	59
	3. Die Rechtswegzuständigkeit – Der Rechtsweg zu den Zivilgerichten	59
	a) Bürgerlich-rechtliche Streitigkeit	59

b)	Abgrenzung zu den öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten	60
c)	Abgrenzung der Zivilgerichtsbarkeit von der Arbeitsgerichtsbarkeit	61
4.	Die internationale Zuständigkeit	61
a)	Internationale Zuständigkeit nach dem Recht der Europäischen Union	61
b)	Internationale Zuständigkeit im Verhältnis zu Drittstaaten	62
c)	Deutsche Gerichtsbarkeit und internationale Zuständigkeit	62
5.	Die sachliche Zuständigkeit	62
a)	Vor das Amtsgericht gehören	62
b)	Vor das Landgericht gehören	63
c)	Verweisung, rügelose Einlassung und Prozessurteil bei sachlicher Unzuständigkeit	63
6.	Die örtliche Zuständigkeit	63
a)	Allgemeiner Gerichtsstand	64
b)	Besondere (nicht ausschließliche) Gerichtsstände	65
aa)	Gerichtsstand des Erfüllungsortes	65
bb)	Gerichtsstand der unerlaubten Handlung	66
cc)	Gerichtsstand der Widerklage	67
c)	Ausschließliche Gerichtsstände	68
aa)	Rechtsfolgen einer ausschließlichen Zuständigkeit	68
bb)	Wichtige ausschließliche Gerichtsstände	68
d)	Gerichtsstandsvereinbarung	69
e)	Rügelose Einlassung	70
f)	Verweisung bei örtlicher Unzuständigkeit	70
g)	Die funktionelle Zuständigkeit	70
aa)	Abgrenzung der Aufgabenbereiche von Richter und Rechtspfleger sowie Urkundsbeamten der Geschäftsstelle	71
bb)	Abgrenzung innerhalb der Instanzen im zivilprozessualen Erkenntnisverfahren	71
cc)	Abgrenzung der Aufgaben bei Kollegialspruchkörpern	72
dd)	Abgrenzung zum Verfahren in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit	72
ee)	Folgen von Verstößen gegen Regelungen zur funktionellen Zuständigkeit	72
7.	Parteifähigkeit	72
a)	Rechtsfähige Personen	73
b)	Parteifähigkeit kraft gesetzlicher Anordnung	73
c)	Rechts- und Parteifähigkeit kraft richterlicher Rechtsfortbildung	73
8.	Prozessfähigkeit und Vertretung	74

9.	Prozessführungsbefugnis	75
	a) Prozessführungsbefugnis des Rechtsinhabers bzw. Rechtsverpflichteten	75
	b) Prozessstandschaft	76
	aa) Gesetzliche Prozessstandschaft	76
	bb) Gewillkürte Prozessstandschaft	76
10.	Postulationsfähigkeit	77
11.	Keine anderweitige Rechtshängigkeit	78
12.	Keine entgegenstehende Rechtskraft	78
13.	Rechtsschutzbedürfnis	78
14.	Klagbarkeit des Anspruchs	78
15.	Besondere Sachentscheidungsvoraussetzungen für be- stimmte Verfahren	79
	a) Klage auf künftige Leistung	79
	b) Widerklage	79
	c) Abänderungsklage	79
	d) Urkundenprozess	79
	e) Nichtigkeits- und Restitutionsklage	79
	f) Obligatorische vorgerichtliche Streitschlichtung	80
16.	Sachentscheidungshindernisse	80
	a) Einrede der Schiedsvereinbarung	80
	b) Einrede mangelnder Prozesskostensicherheit	81
	c) Mangelnde Kostenerstattung bei der Klagerücknahme	81
§ 11	Die Reaktion des Beklagten auf die Klage	81
I.	Untätigkeit und Versäumnisurteil	83
II.	Geständnis und Nichtbestreiten	83
III.	Anerkenntnis	83
IV.	Verteidigung durch Antrag auf Klageabweisung	84
	1. Einwendungen gegen die Zulässigkeit	84
	2. Einwendungen gegen die Begründetheit	84
	a) Rechtsausführungen	84
	b) Bestreiten der anspruchsbegründenden Tatsachen durch den Beklagten	85
	c) Verteidigung durch Einreden i. S. d. ZPO	85
	aa) Einwendung/Einrede i. S. d. ZPO und Einwen- dung/Einrede i. S. d. BGB.	85
	bb) Besonderheiten bei der Prozessaufrechnung	87
	(a) Aufrechnung als Doppeltatbestand	87
	(b) Hilfsaufrechnung	87
	(c) Keine Rechtshängigkeit der Aufrechnungsforde- rung	87
V.	Gegenangriff durch Erhebung einer Widerklage	89

§ 12	Die mündliche Verhandlung	89
I.	Mündliche Verhandlung und Prozessleitung durch das Gericht	90
1.	Die mündliche Verhandlung als Grundlage der gerichtlichen Entscheidung	90
2.	Formelle und materielle Prozessleitung	90
3.	Originärer und obligatorischer Einzelrichter	91
a)	Originärer Einzelrichter	91
b)	Obligatorischer Einzelrichter	91
II.	Die Vorbereitung der mündlichen Verhandlung	91
1.	Termine und Ladungen	91
2.	Früher erster Termin oder schriftliches Vorverfahren	91
3.	Vorbereitung eines jeden Termins	92
III.	Die gerichtliche Güteverhandlung	92
IV.	Der Verweis in die außergerichtliche Schlichtung oder Mediation	93
V.	Die Durchführung der mündlichen Verhandlung	94
1.	Ablauf der mündlichen Verhandlung	94
2.	Formelle Prozessleitung in der mündlichen Verhandlung	94
3.	Materielle Prozessleitung in der mündlichen Verhandlung	94
4.	Sitzungsprotokoll	95
§ 13	Die Beweisaufnahme	96
I.	Die Grundlagen der Beweiserhebung	97
1.	Voraussetzungen für eine Beweisaufnahme	97
a)	Schlüssigkeit, Erheblichkeit, Beweisbedürftigkeit	97
b)	Beweisantritt oder Beweisaufnahme von Amts wegen	97
c)	Kein Ermessen des Gerichts	97
2.	Ablauf einer Beweiserhebung	98
3.	Richterliche Beweiswürdigung und Maß der richterlichen Überzeugung	99
4.	Abgrenzung: Freibeweis, Strengbeweis, Glaubhaftmachung	99
5.	Abgrenzung: Indizien, Vermutungen, Beweislastumkehr und Anscheinsbeweis	100
a)	Indizienbeweis	100
b)	Anscheinsbeweis	101
c)	Gesetzliche Vermutungen	102
6.	Abgrenzung: Hauptbeweis, Gegenbeweis, Beweis des Gegenteils	102
7.	Abgrenzung: Beweisvereitelung und Beweisverbote	103
II.	Die Beweismittel des Strengbeweises	103
1.	Der Beweis durch Augenschein	103
2.	Der Zeugenbeweis	105
3.	Der Beweis durch Sachverständige	106
4.	Der Beweis durch Urkunden	107
5.	Der Beweis durch Parteivernehmung	108

III.	Das selbständige Beweisverfahren	108
§ 14	Streitgenossenschaft, Beteiligung Dritter und Prozessführung durch Dritte im Zivilprozess	109
I.	Die Streitgenossenschaft	110
1.	Die einfache Streitgenossenschaft.	110
a)	Zulässigkeit der einfachen Streitgenossenschaft, §§ 59, 60	111
b)	Wirkungen der zulässigen einfachen Streitgenossenschaft, §§ 61, 63	113
2.	Die notwendige Streitgenossenschaft	113
a)	Notwendigkeit der Streitgenossenschaft	114
aa)	Notwendige Streitgenossenschaft aus prozessrechtlichen Gründen, § 62 Abs. 1 Alt. 1.	114
bb)	Notwendige Streitgenossenschaft aus materiellrechtlichen Gründen, § 62 Abs. 1 Alt. 2	115
b)	Wirkungen der notwendigen Streitgenossenschaft	116
aa)	Gemeinschaftliche Klageerhebung	117
bb)	Folge des Fehlens von Sachentscheidungsvoraussetzungen	117
cc)	Vertretung bei Säumnis.	117
dd)	Gebot einheitlicher Entscheidung.	117
ee)	Rechtsmittel	117
II.	Die Nebenintervention	118
1.	Die Stellung des einfachen Nebenintervenienten.	118
2.	Zulässigkeit der Nebenintervention	119
3.	Interventionswirkung	119
4.	Streitgenössische Nebenintervention.	120
III.	Die Streitverkündung	121
1.	Zulässigkeit der Streitverkündung	121
2.	Form der Streitverkündung	122
3.	Wirkungen der Streitverkündung	123
a)	Der Dritte tritt bei	123
b)	Der Dritte tritt nicht bei	123
c)	Materiell-rechtliche Folgen der Streitverkündung.	124
IV.	Veräußerung des in Streit befangenen Gegenstandes	124
1.	Veräußerung des in Streit befangenen Gegenstandes	124
2.	Rechtsfolgen der Veräußerung.	126
a)	Gesetzliche Prozessstandschaft.	126
b)	Rechtskraftwirkung gegenüber dem Rechtsnachfolger	126
c)	Umstellung des Klageantrags.	127
V.	Kollektiver Rechtsschutz im Zivilprozess	128
1.	Bündelung von Individualansprüchen durch Verbände.	128
2.	Vorteilsabschöpfung durch Verbände bei Kartell- und Wettbewerbsverstößen	129
3.	Unterlassungsklagen von Verbänden	129
4.	Muster-, Sammel- und Gruppenklagen	129

5.	Ausblick	130
§ 15	Das Endurteil	130
I.	Der Inhalt des Urteils	131
II.	Teilbeendigung des Rechtsstreits durch Zwischenurteil, Grundurteil, Vorbehaltsurteil oder Teilurteil	132
	1. Das Zwischenurteil	132
	2. Das Zwischenurteil über den Grund (Grundurteil)	133
	3. Das Teilurteil.	133
	4. Das Vorbehaltsurteil.	134
III.	Das Versäumnisurteil	134
	1. Das Versäumnisurteil gegen den Kläger, § 330	134
	a) Säumnis trotz ordnungsgemäßer Ladung	134
	b) Antrag auf Erlass eines Versäumnisurteils.	134
	c) Echtes und unechtes Versäumnisurteil	134
	d) Einspruch gegen das Versäumnisurteil	135
	2. Das Versäumnisurteil gegen den Beklagten, § 331	135
	a) Säumnis, Antrag, Schlüssigkeit der Klage	135
	b) Echtes und unechtes Versäumnisurteil	136
	c) Einspruch	136
	3. Säumnis beider Parteien	136
	4. Das Versäumnisurteil im schriftlichen Vorverfahren, § 331 Abs. 3	137
IV.	Das Anerkenntnisurteil.	137
V.	Das Verzichtsurteil.	138
§ 16	Die Beendigung des Verfahrens ohne Urteil	138
I.	Die Klagerücknahme	140
	1. Voraussetzungen der Klagerücknahme	140
	a) Vor Beginn der mündlichen Verhandlung oder mit Einwilligung.	140
	b) Zwischen Anhängigkeit und Rechtskraft	140
	c) Voraussetzungen der teilweisen Klagerücknahme.	141
	d) Vereinbarungen über die Klagerücknahme	141
	2. Rechtsfolgen der Klagerücknahme	141
	a) Wegfall der Rechtshängigkeit, § 269 Abs. 3	141
	b) Kostentragung und Entscheidung über die Kosten durch Beschluss	141
	aa) Kostentragung durch den Kläger	141
	bb) Kostenentscheidung nach billigem Ermessen bei Wegfall des Klageanlasses vor Rechtshängigkeit	141
	cc) Weitere Ausnahmen von der alleinigen Kostentragungspflicht des Klägers	142
	c) Neue Erhebung derselben Klage, § 269 Abs. 6	142
	3. Rücknahme sonstiger Anträge.	143
II.	Die Erledigung der Hauptsache.	143
	1. Die übereinstimmende Erledigungserklärung.	144

Inhaltsverzeichnis

2.	Die einseitige Erledigungserklärung	145
3.	Die Erledigung vor Rechtshängigkeit	146
III.	Der Prozessvergleich	146
1.	Die Doppelnatur des Prozessvergleichs	146
2.	Voraussetzungen eines wirksamen Prozessvergleichs	147
a)	Prozessuale Voraussetzungen	147
aa)	Prozesshandlungsvoraussetzungen der Parteien	147
bb)	Vor einem Gericht, im Rahmen eines anhängigen Rechtsstreits und gerichtlich protokolliert	147
cc)	Im Wege gegenseitigen Nachgebens zur Beilegung dieses Rechtsstreits	148
dd)	Fehlen prozessualer Voraussetzungen des Prozessvergleichs	148
b)	Materiell-rechtliche Voraussetzungen	148
aa)	Willenserklärung	148
bb)	Fehlen materiell-rechtlicher Voraussetzungen des Prozessvergleichs	149
c)	Kein Widerruf	149
3.	Wirkungen des Prozessvergleichs und mögliche Rechtsstreitigkeiten um den Prozessvergleich	149
§ 17	Die Rechtsmittel	151
I.	Suspensiv- und Devolutiveffekt	152
II.	Zulässigkeit und Begründetheit eines Rechtsmittels	153
III.	Die Beschwerde	153
IV.	Die Rechtsbehelfsbelehrung	154
V.	Der Grundsatz der Meistbegünstigung	154
VI.	Verschlechterungsverbot – Verbot der reformatio in peius	155
VII.	Anschlussrechtsmittel	155
VIII.	Rechtsmittelverzicht und Rechtsmittelrücknahme	156
IX.	Die Berufung	156
1.	Zulässigkeit der Berufung	156
a)	Statthaftigkeit	156
aa)	Berufungsfähige Urteile	156
bb)	Streitwertberufung	156
cc)	Zulassungsberufung	157
b)	Form- und fristgerechte Einreichung der Berufungsschrift und der Berufungsbegründung	158
d)	Beschwer	158
2.	Begründetheit und Entscheidung über die Berufung	159
X.	Die Revision	160
1.	Zulässigkeit der Revision	160
a)	Statthaftigkeit	160
aa)	Revisionsfähige Urteile	160
bb)	Revision wegen Zulassung durch das Berufungsgewicht	160
cc)	Revision auf Beschwerde gegen die Nichtzulassung	161

	b) Form- und fristgerechte Einreichung der Revisions- schrift und Revisionsbegründung	161
	c) Beschwer.	162
	2. Begründetheit und Entscheidung über die Revision	162
	3. Sprungrevision.	163
XI.	Die Beschwerde	164
	1. Sofortige Beschwerde	164
	a) Zulässigkeit der sofortigen Beschwerde	164
	aa) Statthaftigkeit der sofortigen Beschwerde	164
	bb) Weitere Zulässigkeitsvoraussetzungen.	164
	b) Begründetheit und Entscheidung über die sofortige Be- schwerde.	165
	2. Rechtsbeschwerde	165
	a) Zulässigkeit der Rechtsbeschwerde	165
	aa) Statthaftigkeit der Rechtsbeschwerde	165
	bb) Weitere Zulässigkeitsvoraussetzungen.	165
	b) Begründetheit und Entscheidung über die Rechtsbe- schwerde.	166
	3. Außerordentliche Beschwerde	166
§ 18	Die Rechtskraft	166
	I. Rechtskraftfähige Entscheidungen	167
	II. Die Wirkungen der Rechtskraft.	167
	1. Die formelle Rechtskraft.	167
	2. Die materielle Rechtskraft.	168
	a) Die Art der Wirkungen der materiellen Rechtskraft.	168
	aa) Unzulässigkeit einer weiteren Klage mit demselben Streitgegenstand (ne bis in idem)	168
	bb) Bindung im Hinblick auf Vorfragen eines weiteren Prozesses – Präjudizialität	168
	b) Der Umfang der Rechtskraft in objektiver Hinsicht.	170
	aa) Rechtskraft, Urteilsformel und Streitgegenstand.	170
	bb) Einwendungen des Beklagten und Besonderheiten bei der Prozessaufrechnung	170
	cc) Präjudizielle Rechtsverhältnisse und die Zwischen- feststellungsklage	171
	dd) Rechtskraft bei Teilklagen.	172
	ee) Rechtskraft bei Klageabweisung als „derzeit unbe- gründet“	173
	c) Der Umfang der Rechtskraft in subjektiver Hinsicht	174
	aa) Zwischen den Parteien	174
	bb) Für und gegen die Rechtsnachfolger der Parteien und Gutgläubigkeit des Rechtsnachfolgers	174
	cc) Für und gegen Personen, die den Besitz an der in Streit befangenen Sache erlangt haben.	175
	dd) Für und gegen Nacherben.	175

ee)	Rechtskraft bei Prozessstandschaft insbes. Testamentsvollstreckung.	175
ff)	Rechtskrafterstreckung kraft materieller Abhängigkeit.	175
d)	Der Umfang der Rechtskraft in zeitlicher Hinsicht und die Vollstreckungsgegenklage.	176
III.	Möglichkeiten der Durchbrechung der Rechtskraft	177
1.	Abänderungsklage	177
2.	Wiederaufnahme des Verfahrens	177
3.	Klage aus § 826 BGB.	178
§ 19	Besondere Verfahrensarten	179
I.	Das Verfahren vor den Amtsgerichten	179
II.	Das Mahnverfahren.	179
1.	Voraussetzungen für den Erlass eines Mahnbescheids . . .	180
a)	Zulässigkeit des Mahnverfahrens.	180
b)	Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids	180
c)	Zuständiges Gericht	181
d)	Keine Schlüssigkeitsprüfung	181
2.	Erlass des Mahnbescheids oder Zurückweisung des Antrags.	181
3.	Widerspruch und Übergang in das streitige Verfahren . . .	182
4.	Erlass des Vollstreckungsbescheids.	183
5.	Einspruch und Übergang in das streitige Verfahren	183
III.	Der Urkundenprozess.	184
1.	Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen des Urkundenprozesses.	184
2.	Besonderheiten des Verfahrens im Urkundenprozess	185
3.	Vorbehaltsurteil.	185
4.	Nachverfahren.	186
IV.	Das Verfahren in Familiensachen.	186
1.	Allgemeine Regelungen.	187
2.	Einzelne Familiensachen und Sonderregelungen.	187
V.	Das schiedsrichterliche Verfahren	188
1.	Vor- und Nachteile eines Schiedsverfahrens und im Schiedsverfahren anwendbares Recht.	188
2.	Berührungspunkte zwischen Schiedsverfahren und staatlicher Gerichtsbarkeit.	189
a)	Schiedsvereinbarung und Überprüfung durch staatliche Gerichte	189
b)	Schiedsrichterliches Verfahren und zwingende Regeln der ZPO	190
c)	Schiedsspruch und Vollstreckbarerklärung	191

§ 20	Prozesskosten und das Verfahren der Prozesskostenhilfe	191
I.	Die Prozesskosten	191
1.	Die Gerichtskosten.	191
2.	Die Anwaltsvergütung	192
3.	Die Aufwendungen der Partei	192
II.	Die Kostentragung und die Kostenverteilung zwischen den Parteien	192
III.	Das Verfahren der Prozesskostenhilfe.	193
 Teil 3 Prozessuale Zusatzfragen und Lösungen		 195
 Teil 4 Prüfungsschemata		 217
A.	Zulässigkeit der Klage	217
B.	Klageänderung (= Änderung des Streitgegenstands).	219
C.	Versäumnisurteil (VU) gegen den Beklagten, § 331 ZPO	219
D.	Versäumnisurteil gegen den Kläger, § 330 ZPO	220
E.	Übereinstimmende Erledigungserklärung, § 91a ZPO	220
F.	Einseitige Erledigungserklärung des Klägers (= Klageänderung auf Feststellung des Vorliegens eines erledigenden Ereignisses).	220
G.	Prozessvergleich	221
H.	Prozessaufrechnung	221
I.	Klagerücknahme	222
K.	Streitverkündung.	222
L.	Einfache Streitgenossenschaft (= mehrere Personen auf Kläger- oder Beklagtenseite/subjektive Klagehäufung).	222
M.	Notwendige Streitgenossenschaft (= zwingende gemeinschaftliche Klageerhebung mehrerer Parteien oder zwingende einheitliche Sach- entscheidung über mehrere Klagen).	223
 Teil 5 Definitionen		 224
 Stichwortverzeichnis		 231